

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 6 M. monatlich. Einzelne Nrn. 30 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 2,50 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 5 M., unter Eingangszeit 6 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanken auf den Staatsforstbetrieben.
Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 265

Sonntag, 13. November

1921

Sächsische Staatsbank

Öffentlich-rechtliche Bankanstalt unter der Gewähr des Sächsischen Staates

Annahmestelle von Spareinlagen und Mündelgeldern gemäß B. G. B. § 1808 — Ausführung aller sonstigen Bankgeschäfte — Stahlkammer

Niederlassungen:
Dresden
Augustusstraße, Ständehaus
Fernspr. 17968, 21904, 23773
Depositenkasse am Hauptbahnhof
Bismarckplatz 2-4, Fernspr. 20397
Leipzig
Grimmaischer Steinweg
Zwickau
Hauptmarkt

Der Frieden mit Amerika.

Die Ratifikationsurkunden zu dem am 25. August 1921 von den Bevollmächtigten Deutschlands und den Bevollmächtigten der Vereinigten Staaten von Amerika unterzeichneten Vertrage sind gestern abend im Auswärtigen Amte ausgetauscht worden. Damit ist der Vertrag in Kraft getreten und der Friedenszustand zwischen dem Reiche und den Vereinigten Staaten wiederhergestellt worden.

Ein Weißbuch über das Saargebiet.

Die Reichsregierung hat dem Reichstage ein Weißbuch über das Saargebiet zugehen lassen. Das Buch erscheint gleichzeitig unter dem Titel „Das Saargebiet unter der Herrschaft des Völkerrechts“, im Verlage von Georg Stilke in Berlin.

Gegen die Lahmlegung der Deutschen Werke.

Die interalliierte Wehrkommission hat am nächsten Montag eine Abordnung der Spandauer Arbeiter der Deutschen Werke empfangen, die am Montag den Einspruch der Arbeiter gegen die von der Kommission geplante Besetzung der Werke übergeben wird.

Der Zentralbetriebsrat der Deutschen Werke A. G. in Spandau hat an den Reichstag folgendes Telegramm gerichtet: Mit Bestreben haben der Zentralbetriebsrat und die Vorsitzenden der Betriebsräte der Deutschen Werke von den Ausführungen des Abg. Walpahn Kenntnis genommen. Der Zentralbetriebsrat und die Vorsitzenden der Betriebsräte stellen einstimmig (mit Einschluss der Kommunisten) fest, daß die Ausführungen des Abg. Walpahn über die Umstellung der Deutschen Werke in keiner Weise den Tatsachen entsprechen. In den Werken werden weder Kriegsmaschinen noch Kriegsmunition angefertigt. Der Zentralbetriebsrat und die Vorsitzenden der Betriebsräte protestieren entschieden gegen die entstehende und arbeiterschädigende Verlesung.

Oberschlesien.

Die Interalliierte Kommission in Opatowitz hat die Einzelgenehmigung des stellvertretenden deutschen Bevollmächtigten für die deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien Staatssekretär Dr. Ewald und des Staatssekretärs Dr. Guppert, die sich heute abend zu Vorberedungen mit Vertretern der ober-schlesischen Bevölkerung nach Oberschlesien begeben wollen, abgelehnt.

Zu dieser Verweigerung erklärt das „Berliner Tageblatt“, daß die britische Botschaft in Berlin dem Auswärtigen Amte eine Mitteilung der Interalliierten Kommission in Opatowitz zugestellt habe, in der es heißt, daß im Interesse der Ordnung in dem von den Verbündeten besetzten Oberschlesien den polnischen und deutschen Kommissionsmitgliedern eine Aufenthaltserlaubnis nicht erteilt werden könne. Wie das Blatt hört, werden die beiden deutschen Delegierten infolge dieses Verbotes an die Persönlichkeiten, mit denen sie sich in Oberschlesien zu besprechen wünschten, die Bitte richten, nach Breslau zu kommen.

Dauernder Ausschluß der Habsburger von der ungarischen Thronfolge.

London, 12. November. Das Reutersche Bureau meldet: Ungarn verpflichtete sich in Form einer feierlichen Zusage an die Mächte, die Dynastie Habsburg für immer von der ungarischen Thronfolge auszuschließen. Die Verbündeten sind der Ansicht, daß eine in dieser Form übernommene Verpflichtung durchaus befriedigend sei.

Washington.

Heute vormittags um 1/11 Uhr beginnt in Washington die Abrüstungskonferenz. Lloyd George, der wegen der irischen Frage vorläufig noch zu Hause bleiben mußte, scheint an sie die höchsten Erwartungen zu knüpfen. In seiner Rede beim Frühstück-Bankett für den neuen Londoner Oberbürgermeister verglich er die Washingtoner Konferenz mit einem Regenbogen am trüben Himmel nach schwerer Krise. In Washington gehe es um die Abrüstung; sie sei der einzige Weg zur Sicherheit. Und schon liegt ein Echo aus Amerika vor: Nach einer Neukermelung aus Washington hat Staatssekretär Hughes in einer Unterredung mit dem japanischen Botschafter Schibehara das maritime Abrüstungsprogramm dahin erklärt, die Vereinigten Staaten von Amerika stimmten im allgemeinen der Beschränkung der Flotten auf ihre heutigen Kräfte an, müßten aber für sich das Recht in Anspruch nehmen, die in ihrem Flottenprogramm vorgesehenen sechs Riesenschiffe fertigzustellen. Die Vereinigten Staaten werden im Jahre 1924, wenn sie unter Abrüstung den heutigen Flottenstand einschließlich der neuen sechs Riesenschiffe verstehen, nicht nur die größte, sondern auch die bestarmierte und schnellste Flotte besitzen. Auf diese unerhörte Macht gestützt, wird Harding, wenn auch in diplomatisch liebendwürdiger Form, seine Forderungen stellen. Die Entscheidungen, die in Versailles gefaßt wurden, entsprachen nicht den Interessen Amerikas. Es zog seine Vertreter vorzeitig von den letzten Friedensverhandlungen zurück. Es schloß, wenn auch nach langem Zögern, einen Sonderfrieden mit Deutschland. Es erhob Protest gegen die Zuteilung der Insel Yap und der Gebiete von Schantung und Kuangchow an Japan; und es erhob weiter Einspruch gegen die einseitige Zuteilung der Oborkommen in Mesopotamien an England. Der amerikanische Widerstand richtete sich also vor allem gegen die Verteilung der früheren deutschen Kolonien. Insofern wird sich die Konferenz von Washington mit einer Revision des Versailler Vertrages zu beschäftigen haben. Aber das alles ist nur Ausgangspunkt der Verhandlungen in Washington. Endpunkt bleibt noch wie vor das Verhältnis Amerikas zu Japan, ob es sich nun um die Flotten oder um den Stillen Ozean dreht. Niemand wird bezweifeln, daß das Pacificproblem für Japan eine Frage auf Leben und Tod ist, für alle anderen nur eine lebenswichtige Angelegenheit.

Bei der heutigen Eröffnung der ersten Sitzung der Konferenz, die in der Continental-Memorial-Hall zusammentritt, wird Präsident Harding nach einem Gebet die Eröffnungsworte halten. Gemäß einem von den Abordnungen ausgesprochenen Wunsch wird keine Antwortrede gehalten, da ein Einverständnis für eine gemeinsame Antwort nicht erzielt werden konnte. Harding wird sich alsdann zurückziehen. Nunmehr wird Staatssekretär Hughes zur Wohl des Vorsitzenden der Konferenz auf-fordern. Der Gemächte wird eine Rede halten und dann zur Wahl des Generalsekretärs und zur Ernennung der Kommissionen schreiben, die beauftragt werden, das Programm und die Geschäftsordnung zu regeln. Um den Kommissionen zu gestalten, einen genauen Plan hierüber vorzulegen, wird sich die Konferenz sobald vor-aussichtlich bis Dienstag vormittags vertagen. Über die Dauer der Konferenz läßt sich noch nichts Bestimmtes sagen. Briand hofft, am 26. November sich wieder nach Frankreich einschiffen zu können; zahlreiche andere Delegierte werden Washington am 15. Dezember verlassen. Wenn auch Präsident Harding an den weiteren Beratungen offiziell nicht teilnehmen wird, so wird

ihm doch der Hauptteil an den Verhandlungen zufallen, und zwar insofern, als er außerhalb der Konferenzen zahlreiche Besprechungen mit den Delegierten haben wird. Die Verhandlungen finden öffentlich statt.

Präsident Harding hat die Grundzüge der Abrüstungskonferenz in einer Erklärung festgelegt, die er den Journalisten gegenüber abgab. Diese Erklärung lautet folgendermaßen:

1. Eine engere internationale Zusammenarbeit ist erforderlich. Ohne daß Amerika dem Völkerbund beitrete, würde es sich doch dessen Wirken nicht entgegenstellen, vorausgesetzt, daß sich dieses auf Europa beschränkt. Wo es einer engeren internationalen Zusammenarbeit bedarf, wird man die Mittel dazu in persönlichen Zusammenkünften nach der Art der Washingtoner Konferenz finden.

2. Obgleich die Vereinigten Staaten von Amerika energische Anhänger der politischen Unabhängigkeit und territorialen Unverletzlichkeit Chinas sind, halten sie es für notwendig, in genau abgegrenzten Grenzen den Ansprüchen Japans Rechnung zu tragen, damit sich dieses außerhalb seiner Grenzen ausdehnen imstande ist. Die Schwierigkeit wird aber die Frage sein, unter welchen Bedingungen und bis zu welchem Grade eine solche Ausdehnung Japans vor sich gehen könnte.

3. Bei der Festlegung der Grenzen der Ab-rüstung muß die Abhängigkeit Englands von der übrigen Welt betreffend die Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen berücksichtigt werden.

4. Die Lage Frankreichs muß in Betracht gezogen werden, damit Frankreichs Befürchtungen beseitigt werden können. Der Garantievertrag zu Dreien (Amerika, England, Frankreich) kann nicht wieder aufleben, unter welcher Form es auch immer sei; aber Amerika kann, wenn der Augenblick geeignet ist, Frankreich dadurch unterstützen, indem es auf Deutschland einen Druck ausübt.

5. Die zu weit gehenden Hoffnungen der radikalen Sozialisten dürfen keine Ermüdung erfordern, insbesondere nicht in der Richtung einer etwaigen vollständigen Unterdrückung der Wählungen.

6. Wenn diese Konferenz keine Erfolge haben sollte, so wird sie doch mindestens den Zweck gehabt haben, die Hindernisse für den allgemeinen Frieden offenzulegen und jene bloß-zustellen, die für diese Hindernisse die Verantwortung tragen.

Nach einem vom „Clair“ wiedergegebenen Telegramm aus Peking ist das Programm der Konferenz über die Fragen des Fernen Ostens nunmehr festgelegt worden. Diese Fragen sind in drei Gruppen zerlegt worden, und zwar: 1. chinesische Angelegenheiten; 2. sibirische Angelegenheiten; 3. Angelegenheiten, die mit den Randstaaten zusammenhängen. Die China- und Sibirien betreffenden Fragen ihrerseits zerfallen wieder in zwei Untergruppen, nämlich die Grund-sätze selbst und ihre Anwendung. Bei der letzten Gruppe kommen wieder sechs Punkte zur Be-ratung: 1. territoriale Integrität; 2. Beibehaltung der Verwaltungslinien; 3. die Politik der offenen Tür; 4. außerordentliche Konzessionen betreffend Rechte, Monopole und Privilegien; 5. die chinesische Eisenbahnen, und besonders die chinesische Ostbahn; 6. Prüfung der Frage, inwiefern die zurzeit bestehenden internationalen Verpflichtungen erfüllt sind.

Die Kreditbedingungen der Industrie.

Die Bedingungen, die der Reichsverband der deutschen Industrie an die von ihm selbst vorge-schlagene Kredithilfe knüpft, haben in weiten poli-tischen Kreisen Bedenken und Widerspruch her-vorgerufen, und zwar nicht etwa nur bei den drei sozialistischen Parteien, sondern auch in der bürgerlichen Welt, einschließlich der Deutschen Volkspartei. Bestrebend erregte vor allem die Haltung und fast möchte man sagen, der Ton, in dem eine wirtschaftliche Macht zu der Regierung spricht, die in ihrer neuen Zusammenfassung erst ein paar Tage alt ist und für die ganze Schwierigkeit der Lage jedenfalls nicht verant-wortlich gemacht werden kann. Der Reichs-verband der Industrie kommt plötzlich zum Reichs-tagler nicht als bittender, nicht einmal als vor-schlagender, sondern als fordernder und be-stimmender Teil, obwohl die Industrie einge-standenermaßen die Kredithilfe angeboten hat, um die von den sozialistischen Parteien verlangte und von der Regierung bereits ermöglichte Ersparnis der Goldwerte zu vermeiden. Schließlich ist die Kredithilfe doch nichts anderes als eine erleichterte Form der Steuerzahlung. Während aber die Beamten, Angestellten und Arbeiter dem Staate bedingungslos ihren 10prozentigen Lohnabzug hingeben, beansprucht die Industrie als Gegen-leistung des Staates politische Konzessionen von ungeheurer Tragweite. Es ist wohl kaum anzu-nehmen, daß die Regierung, welche die Würde des ganzen Volkes vertritt, sich von einem Teil-faktor des Wirtschaftslebens ein politisches Diktat gefallen läßt. Auf solcher Grundlage sollte gar nicht verhandelt werden, schon deshalb nicht, weil der politische Gedankengang des Industrie-verbandes noch reichlich Unklarheiten enthält. In Mitteilungen, die an die Presse verteilt wurden, macht der Industrieverband darauf aufmerksam, er habe schon auf der Münchner Tagung die Kredithilfe nur unter der Bedingung angefragt, daß das Reich ernsthafte Schritte zur Reform seiner Finanzen unternehme. Nur zur Sanierung der Reichsfinanzen, aber nicht um unerfüllbare Forderungen abzuhängen, habe der Reichsverband in München der Kreditaktion zugestimmt. Diese Erklärung steht aber im Widerspruch zu früheren Äußerungen, wonach der Reichsverband den Standpunkt vertrat, daß die Kredithilfe un-mittelbar der Reparation und keinem innerpoliti-schen Zwecke dienen soll. Was ist nun richtig? Selbstverständlich muß neben der Rettung aus den Nöten des Wiederbauprogramms eine groß-zügige Finanzreform der zerrütteten Reichswirt-schaft einhergehen. Aber statt dies als selbstver-ständliche Voraussetzung künftiger Finanzpolitik anzunehmen, hat einfach zu verlangen, daß die Bekämpfung der Goldwerte da entfällt, wo frei-willige Devienzhilfe geleistet wird, hat der Reichs-verband Gegenleistungen gefordert, die inner-politisch und außenpolitisch zu schweren Irrungen führen können. Innerpolitisch: Die Entlastung der Eisenbahnen und sonstiger öffentlicher Betriebe spargelt sich in der Gedankenwelt der Arbeitnehmerschaft als ein verflatterter Feldzug gegen Arbeiterwohl und Staatssozialismus. Schneller, als die Herren des Industrieverbandes wohl erwartet haben, sind die Eisenbahner und die Gewerkschaften auf den Plan getreten, um den Schlag, von dem sie sich bedroht fühlten, abzuwehren. Durch den politisch ungeklärten Vorstoß des Reichsverbandes sind die betreffenden Kreise vielleicht schon bereit, daß es schwer halten wird, die unbedingt notwendige Finanzreform der Staatsbetriebe mit ihrer Unter-stützung durchzuführen. Aber auch außenpoli-tisch droht eine Gefahr: Der Vorstoß des Reichsverbandes, die Eisenbahnen und andere Staatsbetriebe in Privatigentum überzuführen, be-deutet für unsere mißtrauischen Gläubiger aus dem